

Schraven, Benjamin; Adaawen, Stephen Ataamvari; Rademacher-Schulz, Christina; Segadlo, Nadine

Research Report

Klimamigration in Subsahara-Africa: Trends und grundlegende Empfehlungen für die Entwicklungszusammenarbeit

Analysen und Stellungnahmen, No. 10/2019

Provided in Cooperation with:

German Institute of Development and Sustainability (IDOS), Bonn

Suggested Citation: Schraven, Benjamin; Adaawen, Stephen Ataamvari; Rademacher-Schulz, Christina; Segadlo, Nadine (2019) : Klimamigration in Subsahara-Africa: Trends und grundlegende Empfehlungen für die Entwicklungszusammenarbeit, Analysen und Stellungnahmen, No. 10/2019, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn, <https://doi.org/10.23661/as10.2019>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/206862>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Analysen und Stellungnahmen 10/2019

„Klimamigration“ in Subsahara-Afrika – Trends und grundlegende Empfehlungen für die Entwicklungszusammenarbeit

Zusammenfassung

Dieses Papier gibt einen Überblick über den Zusammenhang zwischen den Folgen des Klimawandels und menschlicher Mobilität in West-, Ost- und im südlichen Afrika, den von diesen Phänomenen am stärksten betroffenen Regionen Subsahara-Afrikas. Obwohl es generell an Daten zur „Klimamigration“ mangelt, lassen sich aus der wachsenden Zahl von Fallstudien und Forschungsprojekten einige Trends ableiten. Basierend darauf werden in diesem Papier einige Empfehlungen an die deutsche und europäische Entwicklungspolitik formuliert.

Die negativen Auswirkungen des Klimawandels in den drei Regionen werden hauptsächlich von der zunehmenden Variabilität der Niederschläge und einer größeren Häufigkeit und Intensität von Überschwemmungen und Dürren bedingt. Diese Auswirkungen stellen eine Herausforderung für die menschliche Sicherheit dar. Die Folgen für die menschliche Mobilität, die von Flucht bis hin zu zirkulärer Arbeitsmigration reichen, sind eingebettet in ein komplexes und sehr stark kontextspezifisches Bündel von politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Faktoren. Am größten ist das Risiko von Flucht wahrscheinlich am Horn von Afrika – stark bedingt auch durch allgemein fragile Kontexte und bewaffnete Konflikte. In allen drei Regionen sind viele vom Klimawandel betroffene Haushalte als „trapped“ anzusehen – die Option Mobilität besteht für sie aufgrund fehlender Mittel nicht. Wenn die Möglichkeit zur Mobilität besteht, findet sie oft in Form von individueller und zirkulärer Arbeitsmigration statt. Unter günstigen Umständen kann das von den Migranten erwirtschaftete Geld ihren Haushalten helfen, die durch den Klimawandel verursachten Verluste

auszugleichen oder zumindest abzumildern („Migration als Anpassungsstrategie“).

Die ideale politische Antwort auf menschliche Mobilität im Zusammenhang mit dem Klimawandel besteht darin, Zwangsmigration zu vermeiden, positive Migrationsmechanismen zu maximieren und negative Aspekte wie die Ausbeutung von Arbeitskräften zu minimieren. Das verlangt einen multisektoralen und politischen Mehrebenen-Ansatz. Mit dieser Zielsetzung haben wir folgende Empfehlungen formuliert:

- Kapazitätsaufbau und Dialog zwischen den verschiedenen Politikbereichen. Der Austausch zwischen verschiedenen (Politik-)Bereichen muss gefördert werden. Hier gibt sehr unterschiedliche Auffassungen, wie mit dem Phänomen Migration umzugehen sei. Es bedarf eines gemeinsamen Verständnisses für die Herausforderungen der „Klimamigration“.
- Multi-Level-Governance und lokales Empowerment. Es müssen offene Politikräume geschaffen und mehr Ressourcen mobilisiert werden, um vulnerable Gruppen und Kommunen zu stärken, die in den relevanten politischen Prozessen bisher nur marginale Beachtung gefunden haben.
- Sammlung von Daten und Best Practices. Die Schaffung entsprechender Datenbanken und die Dokumentation von Best Practices zur Bewältigung der komplexen Probleme der lokalen Vulnerabilität und der Rolle der menschlichen Mobilität sind für weitere Maßnahmen absolut unerlässlich.

Einführung

Sub-Sahara Afrika erlebt ausgedehnte Phasen der Trockenheit und ansteigender Klimavariabilität – mehr und intensivere Dürren, Überschwemmungen und Stürme oder auch unregelmäßige Regenfälle sind die Folge. Obwohl sich Umwelt- und Sozialsysteme schon immer an sich ändernde ökologische Verhältnisse angepasst haben, ist der Kontinent sehr anfällig für die potenziell verheerenden Auswirkungen globalen Klimawandels auf Ernährungssicherheit, Wasserversorgung, Gesundheit und sozioökonomische Entwicklung (siehe Abb. 1). Diese negativen Konsequenzen sind besonders schwerwiegend in West-, Ost- und im südlichen Afrika.

Menschliche Mobilität, von Flucht bis hin zu zirkulären oder dauerhaften Formen der (Arbeits-)Migration, ist traditionell Teil der sozialen Organisation und Erfahrung der Menschen in ganz Afrika. Viele Europäer befürchten, dass die negativen Auswirkungen des Klimawandels neue, womöglich nie dagewesene Wellen von „Klimaflüchtlingen“ hervorrufen könnten, die möglicherweise ihren Weg nach Europa suchen. Da sich die meisten Geflüchteten und Migranten eher innerhalb von Afrika bewegen als sich Ziele außerhalb des Kontinents zu suchen, sind auch die afrikanischen Regierungen und Gesellschaften besorgt bezüglich des Ausmaßes und der Folgen der „Klimamigration“. Aber was wissen wir überhaupt

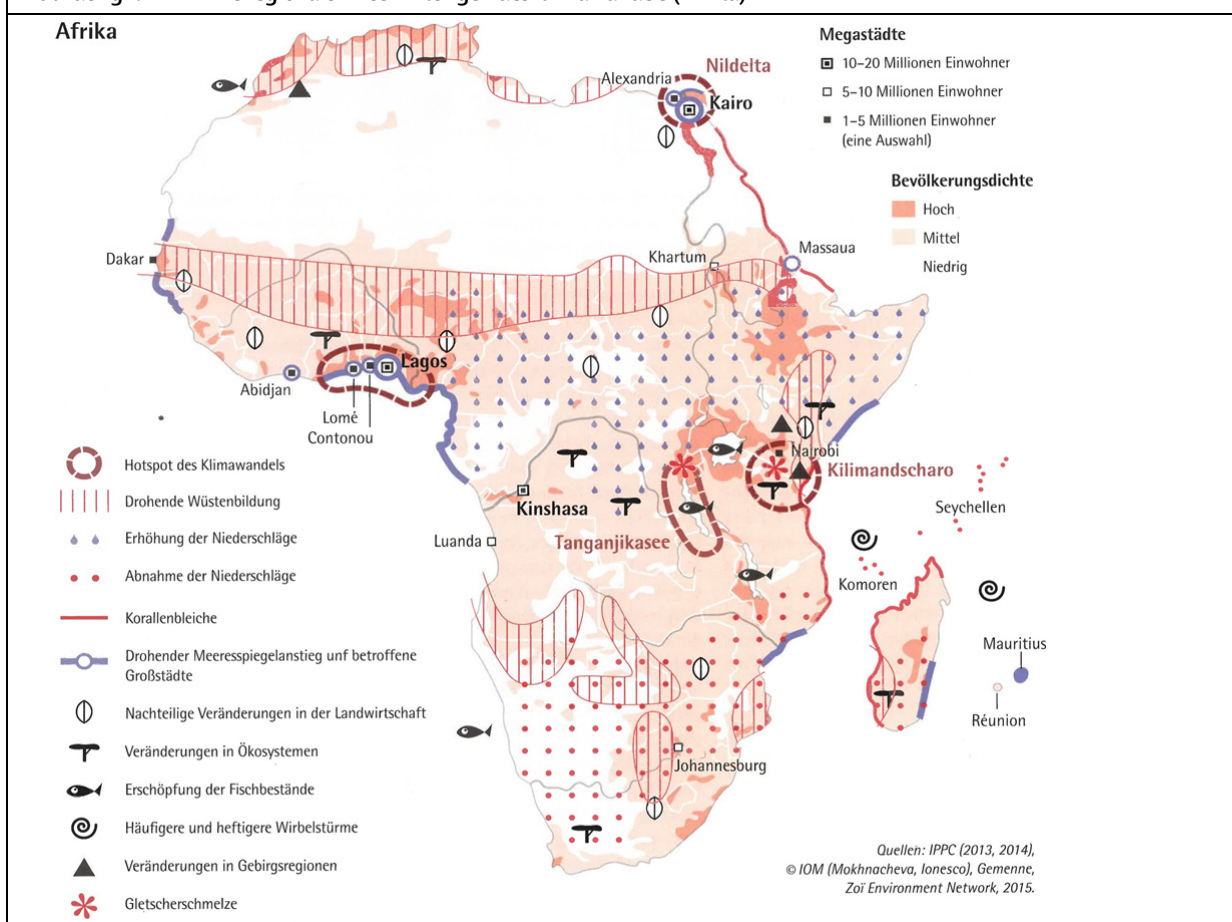
über den Zusammenhang zwischen Klimawandel und menschlicher Mobilität in West-, Ost- und im südlichen Afrika? Welche Empfehlungen bezüglich des Umgangs mit „Klimamigration“ in Afrika lassen sich für die deutsche und europäische Entwicklungspolitik formulieren? Die vorliegende Analyse und Stellungnahme gibt einen Überblick über die Erkenntnisse der wissenschaftlichen Forschung zu den Zusammenhängen zwischen Klimawandel und menschlicher Mobilität in den drei genannten afrikanischen Regionen, die damit verbundenen politischen Herausforderungen und politischen Optionen für die Entwicklungszusammenarbeit.

Auswirkungen von (zunehmenden) Niederschlagschwankungen, Dürren und Überschwemmungen auf menschliche Mobilität

Obwohl die Datenlage zur menschlichen Mobilität in vielen Bereichen noch unzureichend ist, gibt es inzwischen eine wachsende Zahl von Fallstudien über die Auswirkungen globaler Erwärmung auf menschliche Mobilität. Basierend auf dieser Literatur können eine Reihe von Beobachtungen für West-, Ost- und das südliche Afrika gemacht werden.

Alle drei Regionen erleben derzeit erhebliche Veränderungen bezüglich ihrer Klima- und Umweltbedingungen. So haben Klimawissenschaftler eine Zunahme der Niederschlagsvaria-

Abbildung 1: Die regionalen Auswirkungen des Klimawandels (Afrika)



Karte entnommen aus Ionesco, D., Mokhnacheva, D., & Gemeinne, F. (2017). *Atlas der Umweltmigration*, München: Oekom, S. 81. © IOM (Mokhnacheva, Ionesco), Gemeinne, Zoï Environment Network, 2015. Quellen: IPCC, 2013, 2014.

bilität (insbesondere in den trockenen und semiariden Gebieten wie im Sahel) festgestellt, die sich voraussichtlich noch weiter verstärken wird. Dies führt zu einem immer schlechter vorhersehbaren Beginn der Regenzeit, längeren niederschlagsfreien Zeiten während der Regenzeiten oder auch häufigeren und stärkeren Starkregenereignissen. Im südlichen Afrika ist gar mit einer Abnahme der jährlichen mittleren Niederschlagsmenge zu rechnen. Ernteausfälle und sinkenden Erträge stellen eine anhaltende Bedrohung für die Nahrungsmittel- und Existenzsicherheit vieler Menschen dar. Da die Abhängigkeit von Regenfeldbau in allen Regionen generell hoch ist, sind die Kleinbauern gezwungen, ihre Einkommensquellen zu diversifizieren. Anzeichen für eine Intensivierung der zirkulären und saisonalen Migration als wichtige Bewältigungs- oder Anpassungsstrategie sind daher in etlichen Regionen und Ländern zu erkennen.

Der beobachtete und weiterhin prognostizierte Anstieg von Sturzfluten, Flussüberschwemmungen und Überflutungen, die durch Wirbelstürme in den Küstengebieten verursacht werden, ist eine andere große Herausforderung in den drei Regionen. Im ostafrikanischen Hochland zerstören Sturzfluten immer wieder Siedlungen und landwirtschaftliche Flächen, wodurch die Bauern (zum Teil vorübergehend, zum Teil aber auch dauerhaft) vertrieben werden. Im ostafrikanischen Tiefland sind es vor allem Pastoralisten (Hirtennomaden), die im Flutgebiet leben und wirtschaften, die flächendeckenden Flussüberschwemmungen in semiariden und ariden Gebieten ausgesetzt sind und von ihnen vertrieben werden. Immer häufiger sind aber auch Bewohner von Städten betroffen (zum Beispiel in Addis Abeba). Im südlichen Afrika werden immer wieder größere Landstriche in ausgedehnten Flusseinzugsgebieten und niedrig gelegene Küstenzonen (insbesondere in Südafrika und Madagaskar) von Überschwemmungen heimgesucht, was auch dort zu vorübergehender und dauerhafter Migration führt. Auch Küstengemeinden und an Küsten gelegene Großstädte wie Lagos, Accra oder Mombasa sind durch den Anstieg des Meeresspiegels immer häufiger von Hochwasserereignissen betroffen. In Kombination mit urbanem Missmanagement fördert auch dies die Migration innerhalb der Küstenregionen.

Studien zeigen, dass es vor allem in Ostafrika aufgrund des globalen Klimawandels zu häufigeren und intensiveren Dürren kommt. Für alle Regionen gilt, dass vor allem Pastoralisten von Vertreibung oder vorübergehender Umsiedlung aufgrund der Dürren betroffen sind. Vertriebene Hirten können so zur Sesshaftigkeit gezwungen werden. Sie lassen sich nicht selten entlang von Flüssen nieder, um ihre Rinder zu tränken, was wiederum ihre Anfälligkeit gegenüber Überschwemmungen erhöht – oder sie wandern in die Städte ab. Infolge intensiverer Dürreperioden (vor allem im südlichen Afrika) verlassen die Menschen die betroffenen Gebiete und migrieren dauerhaft. Im Zusammenhang mit sowohl Überschwemmungen als auch Dürren ist ebenso zirkuläre Arbeitsmobilität (sowohl Land-Stadt als auch Land-Land) eine häufige Reaktion in allen drei Regionen (siehe unten).

Umweltveränderungen als solche spielen zwar eine wichtige Rolle, aber sowohl der Prozess der menschlichen Mobilität im Zusammenhang mit dem Klimawandel als auch deren mögliche Folgen sind in einem komplexen Zusammenspiel mit politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Faktoren verankert. So ist beispielsweise die Gefahr von Vertreibung am Horn von Afrika, (auch) bedingt durch die dort ohnehin herrschenden fragilen Bedingungen und anhaltenden bewaffneten Konflikte, am größten. In fragilen Kontexten wie der Großregion Tschad steigern die dürrebedingte Wasserknappheit und die damit verbundene Mobilität die Wahrscheinlichkeit von Konflikten zwischen Bauern und Hirten im Wettstreit um knappe Ressourcen. In allen drei afrikanischen Regionen sind viele vom Klimawandel betroffene Haushalte jedoch so arm, dass sie nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen, um überhaupt wegzuziehen (sogenannte „trapped populations“).

Es existiert jedoch auch ein Potenzial für Migration als Anpassungsstrategie an den Klimawandel: Häufig migrieren nur einzelne Haushaltsmitglieder für einen bestimmten Zeitraum, um Geld zu verdienen und ihre Familie zuhause zu unterstützen. Hierbei ergeben sich zum Teil aber Probleme wie Arbeitsausbeutung, Jobmangel oder generell schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen. All dies wirkt diesem positiven Potenzial von Migration entgegen.

„Klimamigration“ im politischen Bereich

Bei der „Klimamigration“ spielen sowohl im Hinblick auf ihre Entstehung als auch auf ihre potenziellen Folgen zahlreiche andere Faktoren neben Umwelt und Klima eine Rolle. Daher sind für eine politische Adressierung sektorübergreifende politische Maßnahmen auf mehreren Ebenen erforderlich. Allerdings ist durchaus ein allgemeiner Mangel an Interaktion zwischen klima- und migrationspolitischen Akteuren und Institutionen zu beobachten. Darüber hinaus ist die Haltung verbreitet, dass Migration in der Regel als ein Phänomen angesehen wird, das es zu verhindern gilt.

Der Umgang mit dem Thema durch die Rahmenkonvention der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und ihre Mitglieder ist in dieser Hinsicht sehr aufschlussreich. Migration ist seit 2010 offiziell Thema der internationalen Klimaverhandlungen. 2015 wurde eine UNFCCC „Task Force on Displacement“ eingerichtet. Trotzdem verstehen klimapolitische Akteure ihren Auftrag traditionell eher so, dass Migration durch die Verringerung von Treibhausgasemissionen und die Bereitstellung von (anderen) Anpassungsmaßnahmen verhindert werden soll. Diese Einstellung zu Migration ist auch in anderen relevanten Bereichen, Prozessen oder Plattformen internationaler Politik verbreitet der Fall.

Obwohl die Internationale Organisation für Migration (IOM) und das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) seit den 2000er Jahren versuchen, das Bewusstsein für „Klimamigration“ zu schärfen, werden diesbezügliche konkrete politische Optionen von den internationalen migrationspolitischen Institutionen und Akteuren nach wie vor nur zögerlich diskutiert. Der Ende 2018 verabschiedete Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration

könnte der Ausgangspunkt für einen aktiveren Umgang mit „Klimamigration“ sein. Er ruft unter anderem dazu auf, im Kontext von Umweltschäden und Klimawandel die Analyse und den Austausch von Informationen zu verstärken, um Migrationsbewegungen besser zu erfassen und zu verstehen.

Gerade auch auf regionaler und nationaler Ebene in Afrika ist die Integration von Migrations- und Klimapolitik bislang noch nicht erfolgt. So zeigt etwa eine Analyse der nationalen Klimapolitik in Afrika, dass Migration entweder gar nicht erwähnt oder als etwas betrachtet wird, das es zu verhindern gilt. Allerdings gibt es auch in dieser Hinsicht einige positive Ansätze: Der Migrationsdialog für Westafrika (MIDWA), ein von der IOM unterstützter regionaler Konsultationsprozess, hat eine thematische Arbeitsgruppe (TWG) zur Thematik „Umweltmigration“ eingerichtet. Ein weiteres Beispiel ist die noch nicht umgesetzte nationale Migrationspolitik in Ghana, die Migration im Zusammenhang mit Umwelt- und Klimawandel als strategisches Handlungsfeld für eine sektorübergreifende Zusammenarbeit betrachtet.

Ein wesentliches Hindernis auf lokaler Ebene im afrikanischen Kontext (und darüber hinaus) stellt die schwache Kapazität von Städten und Kommunen dar – trotz ihrer zentralen Rolle im Bereich Migrationsgovernance. Zudem leben Migranten und vulnerable Bevölkerungsgruppen oft in sozialen und wirtschaftlichen Randlagen mit nur begrenzten Möglichkeiten zu politischer Teilhabe. Ihre Stimmen werden meist nicht gehört.

Empfehlungen für die Entwicklungszusammenarbeit

Der Klimawandel stellt für die nächsten Jahre und Jahrzehnte eine grundlegende Bedrohung der menschlichen Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent dar. Idealerweise sollte das politische Ziel im Hinblick auf menschliche Mobilität im Zusammenhang mit dem Klimawandel so aussehen, dass Vertreibung vermieden wird, positive Migrationsmechanismen (Überweisungen in finanzieller oder anderer Form) maximiert und negative Aspekte wie die Ausbeutung von Ar-

beitskräften oder Menschenhandel minimiert werden können. Die „Klimamigration“ in Afrika ist jedoch eine politische Herausforderung, die verschiedene (Politik-)Bereiche betrifft (Klimawandel, Migration, Entwicklungszusammenarbeit, Städteplanung, humanitäre Hilfe, ländliche Entwicklung usw.), in denen unterschiedliche Betrachtungsweisen auf menschliche Mobilität vorherrschen. Die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit könnte dies durch folgende Maßnahmen unterstützen:

Förderung des Dialogs und der Vernetzung zwischen verschiedenen Politikbereichen: Ein intensiverer Dialogprozess zwischen den verschiedenen (Politik-)Bereichen, Gemeinschaften und Experten in relevanten Foren, Prozessen und Organisationen muss gefördert werden, mit dem Ziel, Migration aktiv zu gestalten – statt zu versuchen, Mobilität pauschal zu verhindern. Ein gemeinsames Verständnis für die Herausforderungen menschlicher Mobilität und Immobilität im Zusammenhang mit dem Klimawandel ist unerlässlich.

Multi-Level-Governance und lokales Empowerment: Während auf globaler Ebene grundlegende (Governance-) Rahmenbedingungen für menschliche Mobilität im Kontext des Klimawandels geschaffen werden sollen (d.h. der UNFCCC-Prozess und der *Global Compact on Migration*), gibt es nur wenige solcher Anstrengungen auf regionaler, nationaler und insbesondere kommunaler Ebene. Es sollten Politikprozesse unterstützt und mehr Ressourcen mobilisiert werden, um diese Ebenen weiter zu stärken und besser zu integrieren. Auch die umfassende Integration vulnerabler sowie politisch und sozial marginalisierter Gruppen ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung.

Sammlung von Daten und Best Practices: Eine solide und disaggregierte Datengrundlage ist zwingend notwendig, um sich mit klimabedingter menschlicher Mobilität zu befassen. Darüber hinaus bedarf es einer systematischen Dokumentation von *Best Practices* in Bezug auf die komplexen Problematiken lokaler Vulnerabilität und die Rolle der menschlichen Mobilität in den entsprechenden Kontexten.

Literatur

Schraven, B., Adaawen, S., Rademacher-Schulz, C., & Segadlo, N. (2019) *Human mobility in the context of climate change in West, East and Southern Africa* (interner Bericht). Bonn: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Publiziert in Zusammenarbeit mit GIZ und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Dr. Benjamin Schraven
Wissenschaftlicher Mitarbeiter

„Umwelt-Governance“
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)

Dr. Stephen Adaawen
Gutachter/ assoziierter
Wissenschaftler

„Umwelt-Governance“
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)

Dr. Christina Rademacher-Schulz
Gutachterin

Nadine Segadlo
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Zentrum Flucht und Migration
Katholische Universität
Eichstätt-Ingolstadt

DOI: 10.23661/as10.2019

© Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Tulpenfeld 6 · 53113 Bonn · Tel.: +49 (0)228 94927-0 · Fax: +49 (0)228 94927-130

die@die-gdi.de · www.die-gdi.de · twitter.com/DIE_GDI · www.facebook.com/DIE.Bonn · www.youtube.com/DIEnewsflash

ISSN (Online) 2512-9325

Das DIE ist ein multidisziplinäres Forschungs-, Beratungs- und Ausbildungsinstitut für die deutsche und die multilaterale Entwicklungspolitik. Es berät auf der Grundlage unabhängiger Forschung öffentliche Institutionen in Deutschland und weltweit zu aktuellen Fragen der Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

